

781.) auf diesen Vorschlag in so weit ein, daß sie beschloß: unter Einverständnis mit der 1. Kammer auf Aufhebung der Consistorien beider Confessionen und auf Ueberweisung der administrativen Geschäfte derselben an die Kreisdirectionen, so wie ferner darauf anzutragen, daß dagegen die in dem Plane als „innere kirchliche Angelegenheiten“ bezeichneten Gegenstände an das Ministerium des Cultus überwiesen werden möchten. Die erste Deputation der 1. Kammer hat nun aber Inhalt ihres Berichts vom 19. September diesen Beschluß, so wie den Plan der Regierung aus dem Grunde bedenklich gefunden, weil eine Trennung der äußern und innern Angelegenheiten der Kirche der Selbstständigkeit derselben dem Staate gegenüber Eintrag thun, demnächst aber auch eine nähere Beaufsichtigung im Kirchen- und Schulwesen, welche doch von besonderer Wichtigkeit sei, durch Ausführung dieser Anträge nicht erlangt werde. Sie äußert sich hierüber folgendermaßen: Nach dem Vorschlage der Regierung sollten die äußern und innern Angelegenheiten der Kirche zwischen einer in Dresden befindlichen Centralbehörde und drei Provinzialbehörden, von denen zwei außerhalb Dresden ihren Sitz haben würden, getheilt werden, es müsse aber dadurch eine unendliche Weitläufigkeit in die Geschäfte kommen. Der Centralbehörde in Dresden werde es nicht möglich sein, gerade in dem wichtigsten Theile ihres Wirkens eine genügende Aufsicht zu führen, und wenn man auch nach den der Deputation von den königl. Commissarien gemachten Eröffnungen beabsichtige, die Kirchen- und Schulräthe bei den Kreisdirectionen als Organe des Consistorii zugleich mit zur Aufsichtsführung in Bezug auf die innern Angelegenheiten zu gebrauchen, so möchte, abgesehen von den Inconvenienzen einer solchen doppelten Stellung, auch eine Person diesem Wirkungskreise genügend vorzustehen, kaum im Stande sein, da der Kirchen- und Schulrath in der Oberlausitz in diesem ungleich kleinern Bezirke gegenwärtig nur mit Mühe durchzukommen vermöge. Der Vorschlag der 1. Deputation der 2. Kammer beseitige zwar die bedenkliche Trennung der äußern und innern Angelegenheiten der Kirche, dagegen würde nach demselben die Verwaltung der Kirche gänzlich in die Hände weltlicher Behörden gelegt, bei welcher die wenigen geistlichen Mitglieder immer in der Minorität verbleiben würden, und wodurch ein gänzlich Aufgehen der Kirche in den Staat bewirkt werden müßte. Auch durch diesen Vorschlag werde übrigens das Unzureichende der Aufsichtsführung keinesweges beseitigt. Der Antrag der 2. Kammer gebe ganz auf gleiche Weise die Angelegenheiten der Kirche in die Hände rein weltlicher Behörden, und gerade die inneren in die Hände eines einzigen Mannes, nämlich des Ministers des Cultus. Auch würde es in diesen Sachen ganz an einer Mittelbehörde für die Entscheidung streitiger Fälle in zweiter Instanz gebrechen und überdies die oben als nachtheilig dargestellte Trennung, so wie der Mangel an Aufsichtsführung hier ebenfalls Platz greifen. Die Aufhebung des katholischen Consistorii endlich erscheine deshalb unthunlich, weil diese Behörde größtentheils mit innern Kirchenangelegenheiten beschäftigt sei, die nach der durch §. 57. der Verfassungsurkunde garantirten besondern Verfassung der katholischen Kirche vor geistlichen Behörden zu verhandeln wären, auch solle dasselbe nach §. 66. des Gesetzes über die privilegiirten Gerichtsstände Obergericht für die rein katholischen Ehesachen verbleiben. Um nun alle diese Bedenken thunlichst zu beseitigen, hat die 1. Deputation der 1. Kammer folgende Vorschläge gethan: Es möge a) bei jeder Kreisdirection und für den Bezirk

derselben, mit Ausnahme der zu Budissin, für welche es bei der bisherigen Einrichtung bewenden könne, eine besondere Behörde, zu Leitung sämtlicher kirchlichen Angelegenheiten, unter dem Namen Consistorium oder Kirchen- und Schulcommission, gebildet werden, welche 1) aus dem Director der Kreisdirection als Vorsitzenden, 2) einem Kreisdirectionsrathe, 3) zwei Kirchen- und Schulräthen bestände. b) Bei dem Ministerio des Cultus aber möge eine Einrichtung getroffen werden, vermöge welcher regulativmäßig alle, die innern Angelegenheiten der Kirche betreffende Sachen unter Concurrency der bei demselben angestellten geistlichen Räte verhandelt werden müßten. Von denselben, oder einer unter ihrer Mitwirkung zu bildenden Prüfungscommission möchten auch die Prüfungen der Candidaten des Predigtamts vorgenommen werden. c) Das katholische Consistorium möchte nach Maßgabe seines verminderten Wirkungskreises schwächer besetzt werden. An die Kreisdirectionen möchten von den Consistorien nur übergehen: a) die Censurangelegenheiten (incl. der bisher von dem katholischen Consistorio verwalteten), die auch vielleicht in höherer Instanz zweckmäßiger an das Ministerium des Innern übergehen könnten; β) die Angelegenheiten der Stiftungen, mit den in dem Plane sub B. bemerkten Ausnahmen und mit Ausnahme der zu religiösen und Schulzwecken bestimmten. Endlich würde auch den Kreisdirectionen eine Mitaufsicht über die katholischen Schulen in der Art einzuräumen sein, daß sie dieselben zu revidiren und wahrgenommene Mängel, soweit dieselben nicht in das Dogma eingriffen, entweder durch Communication mit dem vorgesetzten Consistorio, oder durch Anzeige an das Ministerium des Cultus zur Erledigung zu bringen hätten. Durch diese Einrichtungen und zwar durch die sub a. vorgeschlagene Zusammensetzung der Mittelbehörde werde dem kirchlichen Princip genügende Garantie gewährt, da sogar ein weltliches Mitglied weniger darin zu finden wäre, als dormalen in den Consistorien, durch den Vorschlag sub b. aber werde auch für die obere Instanz die nöthige Sicherheit gewonnen. Es würde dadurch die nachtheilige Trennung der Geschäfte vermindert und zugleich die Möglichkeit einer kräftigen und näheren Aufsichtsführung gewährt, in- deß die der kirchlichen Behörde gänzlich fremden Geschäfte unter α. und β. von ihrem Wirkungskreise ausgeschlossen blieben. Endlich würde hierdurch die Verschiedenheit mit der Oberlausitz thunlichst verschwinden. Die Deputation hat endlich noch durch eine ihrem Berichte beigefügte Berechnung nachgewiesen, daß durch die von ihr vorgeschlagenen Einrichtungen ein Ersparniß gegen die Kosten des von der Regierung entworfenen Planes entstehen würde.

Auf diese Vorschläge ist die 1. Kammer mit der einzigen Modification eingegangen: „daß bei der unter Vorsitz des Ministers des Cultus stattfindenden collegialischen Berathung über alle, das Dogma und die Liturgie betreffenden Angelegenheiten der protestantischen Kirche eine gleiche Anzahl weltlicher und geistlicher Räte Theil nehmen möge, und daß es dem Minister des Cultus, so oft er sich durch seine Pflicht dazu veranlaßt fühle, jederzeit freistehen solle, die bei diesen Berathungen verhandelten Sachen zum Behuf der Entscheidung an die in Evangelicis beauftragten Staatsminister zu bringen. Ein Gleiches solle stattfinden bei Besetzung geistlicher Aemter, so weit sie dem Ministerio des Cultus zustehen.“

(Beschluß folgt.)